

TRIBÜNE

# Digitalisierung und Staats- verständnis

**Gastkommentar**

von URSULA SURY

Die Digitalisierung und der damit verbundene Wandel sind heute in aller Munde. Über die Auswirkungen wird vor allem in der Privatwirtschaft diskutiert. Aber auch die Rolle, das Verständnis und die Handlungsmöglichkeiten des Staates werden sich mit der Digitalisierung stark verändern. Die Organisation des Staates an sich und das Verhältnis zwischen Bürger und Staat ist dabei besonders betroffen.

Die steigende Unterstützung durch die Digitalisierung bei staatlichen Aktivitäten führt auch vermehrt zur Auffassung des Staates als Dienstleister. Der Staat behandelt Ansprechpersonen immer mehr als Kunden und steht über E-Government-Portale 24 Stunden und 7 Tage die Woche zur Verfügung. Dies ist ein grundlegend anderes Staatsverständnis und Verständnis im Verhältnis zum Bürger im Vergleich zu früher.

Mit der steigenden Anzahl von Arbeitslosen wird mit Sicherheit auch der Anspruch an den Staat auf Unterstützung wieder wachsen oder sogar die Frage nach Anspruch auf Arbeit oder Weiterbildung vis-à-vis dem Staat (mit solchen Versprechungen hat auch Trump gespielt) aktuell werden.

Was die Organisation des Staates anbelangt, so werden auch dort immer mehr Prozesse digitalisiert. Zum einen führt dies zur Möglichkeit der Einsparung von Mitarbeitenden vor allem im Bereich repetitiver, einfacherer Büroarbeiten. Auf der anderen Seite können Staatsbereiche verknüpft und transparent gemacht werden in einer Art, die immer wieder die Frage aufkommen lässt, ob dafür genügend gesetzliche Grundlagen vorhanden sind.

Unser Verständnis vom Staat basiert auf dem Grundsatz, dass auf einem bestimmten, geografisch abgesteckten Territorium Bürger einer Nation und Ausländer sich für mehr oder weniger lange Zeit aufhalten. Die steigende Mobilität der «Welt»-Bürgerinnen und -Bürger führt dazu, dass es immer schwieriger wird, festzustellen, ob und wo eine Person sich länger aufhält oder wo sie gar Wohnsitz hat. Dies ist aber sehr wichtig, denn an den Wohnsitz knüpfen verschiedene Rechtsfolgen an, wie beispielsweise, wo jemand Steuern bezahlen muss, wo jemand Sozialhilfe beziehen kann, wo jemand Ergänzungsleistungen beantragt usw. Insbesondere was die Besteuerung anbelangt, kann es durchaus sein, dass hochmobile, hybride Professionals kaum mehr nach traditionellen steuerrechtlichen Anknüpfungen für Einkommen erfasst werden können.

Die Voraussetzung für die Willensbildung in der Demokratie wird durch die Digitalisierung massiv beeinflusst. Es wurde schon häufig darüber diskutiert, dass das individualisierte Informieren der Internetbenutzer gemäss ihrem Profil dazu führt,

dass sich die Bürgerinnen und Bürger keine objektive Meinung aus dem breiten Spektrum verfügbarer Informationen bilden können. Es wurde auch schon gesagt, dass dies der Grund sei, weshalb es zum Brexit gekommen sei. Diese Formen von Manipulation, auch breit diskutiert im Rahmen der Präsidentschaftswahlen in den USA, sind eine grosse Herausforderung für unsere Demokratie.

Was die Bereitschaft anbelangt, politische Aufgaben zu übernehmen, so ist mit der steigenden Globalisierung auch ein Wertewandel auszumachen. Insbesondere kleinere Gemeinwesen haben immer mehr Mühe, genügend Gemeinderäte zu finden, und man hat den Eindruck, dass es auch bei ganz grossen Gemeinwesen wie den USA schwieriger wird, eine Auswahl valabler Kandidatinnen und Kandidaten dem Wahlvolk zu unterbreiten.

Die Loyalität und Verbundenheit, vielleicht die Schollenverbundenheit, verschwindet durch die Digitalisierung und die damit verbundene massiv erhöhte Mobilität immer mehr. In diesem Zusammenhang stellt sich tatsächlich die Frage, ob vielleicht mit der Weiterentwicklung der künstlichen Intelligenz ein Supercomputer nicht nur CEO-Positionen («Unboss»), sondern auch Exekutivämter besetzen könnte.

---

Ursula Sury ist Inhaberin einer Anwaltskanzlei in Luzern.